

Große Anfrage

Fraktion der CDU

Hannover, den 08.12.2015

Niedersächsische Kommunen in Not - Wird die Landesregierung helfen?

Der NDR berichtete auf ndr.de am 16. Oktober 2015 unter der Überschrift „Zwangszuweisungen setzen Kommunen unter Druck“ über die Inanspruchnahme von Kommunen durch die Landesregierung bei der Erstaufnahme und Registrierung von Asylsuchenden:

„Allein in dieser Woche müssten noch 4 000 Flüchtlinge untergebracht werden. Deshalb hat der Innenminister per Amtshilfe zunächst 20 kreisfreie Städte und Landkreise dazu verpflichtet, diese Plätze kurzfristig bereitzustellen.“

Die *Neue Presse* vom 15. Oktober 2015 berichtete unter der Überschrift „Land ist Flüchtlingszahl nicht mehr gewachsen“:

„Der Städte- und Gemeindebund (NSGB) betonte, dass auch in den Kommunen die Kapazitäten bald erschöpft seien. Man werde dazu kommen, Turnhallen und Dorfgemeinschaftshäuser zu belegen sowie in leerstehende Wohnungen einzuweisen, so NSGB-Präsident Marco Trips.“

Inzwischen wurden weitere Kommunen im Wege der „Amtshilfe“ zur Aufnahme von gerade erst in Deutschland angekommenen Flüchtlingen veranlasst.

Über die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen in Osnabrück am 7. und 8. November 2015 berichtete die *Neue Osnabrücker Zeitung (NOZ)* („„Aufhören“-Rufe nach deftigen Mahnungen“) von einer Rede des Sozialdezernenten der Region Hannover, dem ehemaligen grünen Landtagsabgeordneten Erwin „Pico“ Jordan. Laut *NOZ* beschrieb Jordan schonungslos, wie den Verantwortlichen vor Ort mittlerweile das Flüchtlingsproblem über den Kopf wachse. Man wisse nicht mehr, zitiert die *NOZ* Jordan, wie man noch Wohnraum organisieren könne, und viele der letztlich gefundenen Notquartiere böten solch menschenunwürdige Zustände, „dass wir Grünen dagegen schon längst demonstriert hätten, wenn wir nicht selber in der Regierung säßen“.

Jordan sagte demnach im Hinblick auf fehlende Unterkünfte: „Ich habe echt Angst vor dem Winter.“ Weiterhin warnte er laut *NOZ* vor einem Zusammenbruch des Systems, nachdem das Land bereits mit verstärkter Abwälzung der Erstaufnahme auf die Kommunen „eine Bankrotterklärung“ geleistet habe.

Zur Reaktion der Zuhörer berichtet die *NOZ*, dass einige Teilnehmer es nicht ertragen hätten, derart drastisch mit der Realität konfrontiert zu werden. Sie hätten daher „Aufhören, aufhören!“ skandiert. Die Mehrheit habe allerdings dagegen gehalten.

1. Wie viele Asylsuchende wurden im Jahr 2015 auf die Kommunen in Niedersachsen verteilt (Aufstellung nach einzelnen Landkreisen, kreisfreien Städten und der Region Hannover)?
2. Wie viele Personen wurden bislang im Wege der „Amtshilfe“ an die Kommunen weitergeleitet, anstatt sie in Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes unterzubringen?
3. Welches waren im Jahr 2015 die zehn Herkunftsländer mit den meisten Asylbewerbern, die auf die Kommunen verteilt wurden?
4. Welche konkreten Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen bzw. wird sie ergreifen, um die Kommunen in der Unterbringungsnot zu entlasten?
5. Plant die Landesregierung, den Betrieb von Unterkünften der Kommunen, die diese im Wege der „Amtshilfe“ für das Land gezwungenermaßen errichtet haben, zu übernehmen, um Kommunen zu entlasten?

6. Wie hoch sind die Ausgaben der niedersächsischen Kommunen zur Unterbringung, Verpflegung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen, Asylbewerbern und Asylsuchenden im Jahr 2015 (Aufstellung nach einzelnen Landkreisen, kreisfreien Städten und der Region Hannover)?
7. Wie hoch werden die Erstattungen des Landes an die Kommunen für die Unterbringung, Verpflegung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen, Asylbewerbern und Asylsuchenden im Jahr 2015 voraussichtlich sein (Aufstellung nach einzelnen Landkreisen, kreisfreien Städten und der Region Hannover)?
8. Wie hoch sind die gegenwärtig vom Land geplanten Erstattungen an die Kommunen für die Unterbringung, Verpflegung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen, Asylbewerbern und Asylsuchenden im Jahr 2016?
9. Wie hoch sind die Ausgaben, die die niedersächsischen Kommunen zur Unterbringung, Verpflegung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen, Asylbewerbern und Asylsuchenden im Jahr 2016 in ihren Haushalten veranschlagen (Aufstellung nach einzelnen Landkreisen, kreisfreien Städten und der Region Hannover)?
10. Sind der Landesregierung Kommunen bekannt, die wegen der Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern und Asylsuchenden andere ursprünglich geplante Ausgaben verschoben haben? Wenn ja, welche Kommune, in welchen Bereichen und in welchem Umfang?
11. Wie schätzt die Landesregierung die Folgen der Flüchtlingskrise für die finanzielle Situation der niedersächsischen Kommunen ein (Region Hannover, Landkreise, Gemeinden und Städte)?

Björn Thümler
Fraktionsvorsitzender